BDEW

Bürokratische Förderung

[20.04.2022] Der BDEW fordert eine Neukonzipierung des aktuellen Fördersystems für den Aufbau einer öffentlichen Lade-Infrastruktur. Die bestehende Förderung sei zu bürokratisch, die Mittel würden deshalb häufig nicht abgerufen.

Der Aufbau einer öffentlichen Lade-Infrastruktur für Elektroautos wird von der Bundesregierung mit verschiedenen Förderprogrammen unterstützt. Allerdings sind nach Angaben des Bundesverbands der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) die bürokratischen Hürden bei der Beantragung so hoch, dass die Mittel am Ende oft nicht abgerufen werden. Eine Auswertung habe ergeben, dass lediglich 12 Prozent der Mittel tatsächlich geflossen seien.
Der BDEW, in dem rund 80 Prozent aller Ladesäulenbetreiber vertreten sind, fordert deshalb, die bestehende Förderung zu verschlanken und effektiver zu gestalten. Besser wäre nach Ansicht des Verbands jedoch eine Neukonzipierung des aktuellen Fördersystems. Mit standardisierten Fördersätzen, einer Beantragung der Förderung nach Inbetriebnahme und einer gesonderten Förderung des Netzanschlusses könnte die Bundesregierung den Ausbau der öffentlichen Lade-Infrastruktur massiv vorantreiben, heißt es in einer Pressemeldung.
BDEW-Hauptgeschäftsführerin Kerstin Andreae erklärt: „Das KfW-Programm für private Lade-Infrastruktur hat vorgemacht, wie das gehen kann. Klar ist aber auch, dass sich Lade-Infrastruktur perspektivisch über ihre Auslastung selber tragen soll. Nur ein Ladevorgang pro Tag so wie das heute der Fall ist, wird da sicher nicht reichen. Das bedeutet, dass wir deutlich mehr Elektrofahrzeuge brauchen, um die Lade-Infrastruktur wirtschaftlich auszulasten. Dieser Hochlauf muss zwischen Fahrzeugindustrie und Energiewirtschaft Hand in Hand gehen.“

(al)

BDEW-Forderungen zur Verbesserung der Bundesförderprogramme für öffentliche Lade-Infrastruktur (PDF, 189 KB)

Stichwörter: Elektromobilität, BDEW, Ladeinfrastruktur